Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.82/10.03.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

es sind schwere Tage für das deutsch-türkische Verhältnis. Spätestens seit dem Putsch entfernt sich die Türkei rasant von demokratischen Grundsätzen und rechtstaatlichen Prinzipien. Das Referendum zur Einführung eines Präsidialsystems soll die bereits erodierte Gewaltenteilung in der Türkei weiter vorantreiben. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat deutlich kritische Worte gefunden und insbesondere die Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel scharf verurteilt sowie seine Freilassung gefordert.

Die Auftritte von Vertretern der Erdogan-Regierung in Deutschland und anderen europäischen Staaten erhitzen zugleich die Gemüter. Ich finde: Gerade jetzt müssen wir einen kühlen Kopf bewahren. Unser Handeln lässt sich nicht von Provokationen bestimmen, sondern richtet sich an unseren eigen Maßstäben aus. Das ist die Presse-, Meinungs-, Versammlungs– und Religionsfreiheit. Auf deutschem Boden gelten für Veranstaltungen mit ausländischen Staatsgästen daher die gleichen strengen Sicherheits– und Genehmigungsvorschriften wie für alle anderen Versammlung auch.

Einreise- und Auftrittsverbote helfen nur Erdogan, sich als vermeintliches politisches Opfer zu stilisieren. Politische Klugheit darf aber nicht mit politischer Schwäche verwechselt werden: Wir wollen in Deutschland weder ein aggressives Betreiben türkischer Innenpolitik und schon gar nicht einen Wahlkampf, der die Abschaffung von Freiheit, Recht und Demokratie zum Ziel hat.

Auch wenn mich die Entwicklung in dem Land sehr besorgt, bleibt die Türkei ein wichtiger strategischer Partner und Nachbar. Die derzeitigen globalen Probleme lassen sich besser mit der Türkei als ohne sie lösen. Obwohl das Land am Bosporus entfernter den je von Europa zu liegen scheint, muss der offen-kritische Dialog weitergeführt werden. Dies liegt auch im Interesse jener Türken, die morgen nicht in einer Diktatur aufwachen wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Dialog gehört zu einem starken, vielseitigen Europa

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am Donnerstag dieser Plenarwoche fand Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel deutliche Worte zu der aktuellen Lage in Europa und dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Warschau. Dabei distanzierte sie sich von den seitens türkischer Regierungsmitglieder geäußerten Nazi-Vergleichen. Angesichts der vielfältigen globalen Herausforderungen sei klar, dass die Europäische Union mehr Verantwortung übernehmen müsse.

Auch in Bezug auf den derzeit stattfindenden EU-Gipfel ging Merkel auf das angespannte Verhältnis Deutschlands und Europas zur Türkei ein. Die Flüchtlingssituation, Wirtschaft, Sicherheitspolitische und Verteidigungspolitische Fragen stehen im Fokus des Treffens. Trotz der tiefgreifenden Differenzen in Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit dürfe es allerdings nicht zugelassen werden, dass die Türkei sich noch weiter von ihren Partnern entfernt. Umso trauriger und deprimierender seien Äußerungen, die Deutschland in die Nähe des Nationalsozialismus rückten. Zugleicht erklärte Merkel, dass Auftritte türkischer Politiker in Deutschland weiterhin für möglich gehalten werden, unter der Prämisse einer rechtzeitigen offenen und ordnungskonformen Ankündigung.

Bezüglich einer Weiterentwicklung der EU kündigte die Kanzlerin eine „ambitionierte europäische Sicherheitsagenda“ als Ergänzung zur NATO an. Dabei müsse ermöglicht werden, dass die EU-Staaten in unterschiedlicher Geschwindigkeit an der entsprechenden Umsetzung im Land arbeiten. Ebenfalls sei die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang vorstellbar. Zudem müssen Anlandungsstaaten wie Italien oder Griechenland in der Unterbringung gemeinschaftlich unterstützt und nicht mit der Situation allein gelassen werden. Um den Schleppern und Schleusern ihr kriminelles Handwerk zu legen, seien Migrationspartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern notwendig, wofür sich die Bundeskanzlerin klar aussprach.

Foto: CDU/T. Koch

Zu Zeiten nationalistischer und protektionistischer Bewegungen weltweit befürwortet die Bundesregierung den freien Handel. Das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) sei dafür ein gutes Beispiel. Gerade Deutschland als Handelsnation sei in besonderem Maße auf guten Zugang zu den Weltmärkten angewiesen. Nur auf diese Weise könne es im globalen Wettbewerb weiter bestehen. Mit ihrer Erklärung betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel besonders eins: Grundlage aller Lösungsansätze, Maßnahmen und Stärke ist dabei der partnerschaftliche Dialog.

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Innovationskraft stärken und Versorgung verbessern

In dieser Woche verabschiedete der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV“ (AMVSG). Es tritt am 7. April 2017 in Kraft. Neuentwickelte und erprobte Arzneimittel mit einem Mehrnutzen sollen schneller in die Versorgung aufgenommen werden, Krankenhaus-Apotheken können eine größere Menge wichtiger Medikamente vorrätig haben und mögliche Lieferengpässe müssen früher von Lieferanten an die Abnehmer gemeldet werden, damit diese frühzeitig Alternativen prüfen können.

Außerdem wird mit dem Gesetz weiter gegen Antibiotika-Resistenzen vorgegangen. Auch die Sicherheit bei der Versorgung mit Impfstoffen sowie für die Arzneimittelversorgung von Krebskranken wird verbessert. So wird auch unterstützt, dass der Standort Deutschland für Forschung und Produktion für die pharmazeutische Industrie weiterhin stark bleibt. Mit dem „Pharmadialog“ führten das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit Vertretern der pharmazeutischen Verbände, der Wissenschaft und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie in der Zeit von 2014 bis 2016 zahlreiche Gespräche, um wichtige Anregungen in dem Gesetz berücksichtigen zu können. Mit dem AMVSG setzt der Bundestag ein klares Zeichen für die Innovationsfähigkeit des deutschen Arzneimittelmarktes und die schnellere und effizientere Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln.

Grün-Rote Asylblockade im Bundesrat

Seit einem Jahr ringt der Bundesrat um die von der Union geforderte Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. Diesen Freitag wurde die Entscheidung darüber erneut zur Abstimmung gestellt. Wieder sind es die rot-grünen Landesregierungen, die eine Beschleunigung der Verfahren für Asylsuchende maghrebinischer Herkunft blockieren, obwohl die Schutzbedürftigkeit in diesen Fällen bei unter 5 Prozent liegt. Damit bleibt das Tor weiterhin für Asylmissbrauch geöffnet. Auch ignorieren SPD und Grüne bewusst, dass Migranten aus dem Maghreb hierzulande überproportional an Straftaten beteiligt sind. Zudem binden die Asylanträge von Tunesiern, Marokkanern und Algerier die Kapazitäten der Ausländerbehörden, was zum Nachteil der tatsächlich Schutzbedürftigen geht. Initiative zeigt allein Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die ein Abkommen zur schnelleren Rückführung abgelehnter Asylbewerber mit der tunesischen Regierung verhandelt.

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Annette Widmann-Mauz MdB beim Verband der Ersatzkassen in Berlin

Die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz erläuterte in ihrer Rede vor den Teilnehmer beim vdek die bisherigen Reformen im Gesundheitswesen. Das Ziel der Reformen war und ist es, das Gesundheitssystem mittel- und langfristig zu stabilisieren, die Qualität der Versorgung zu erhöhen und die Finanzierbarkeit auch für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Deshalb wurden in dieser Legislaturperiode alle Bereiche des Gesundheitssystems auf den Prüfstand gestellt und zielgerichtet reformiert.

(Foto: vdek/Georg Lopata)

Besonders das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz, das die finanzielle Basis der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig gefestigt und die zahlreichen Gesetze zur Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie der Prävention sind hier besonders hervorzuheben. Ein wichtiges persönliches Anliegen war für Annette Widmann-Mauz MdB auch die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung. Weitere Reformen betreffen insbesondere auch die Arzneimittelversorgung.

Dank dieser Reformen steht die GKV weiterhin auf einer stabilen finanziellen Basis. Der durchschnittliche Beitragssatz konnte auch für das Jahr 2017 unverändert auf 1,1 Prozent festgesetzt werden. Seit Anfang der Woche liegen die vorläufigen Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 2016 vor. Danach haben die Krankenkassen im vergangenen Jahr einen Überschuss von rund 1,38 Milliarden Euro erzielt. Die Finanzreserven der Krankenkassen lagen zum Jahresende 2016 bei rund 15,9 Milliarden Euro. Zusammen mit der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds verfügte die GKV zum Jahreswechsel 2016/2017 über Finanzreserven in einer Größenordnung von rund 25 Mrd. Euro. Die positive Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2016 bildet ein sicheres Fundament für stabile Zusatzbeiträge bei den Krankenkassen.

(Foto: vdek/Georg Lopata
Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, vdek-Vorstandsvorsitzende Ulrike Elsner, Bundesgesundheitsminister Herman Gröhe MdB)

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag

Bereits zum 14. Mal findet vom 5. bis 11. März 2017 der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag mit dem Titel „Glaubensfragen? – Religion und Gesellschaft heute“ statt. Insgesamt 30 Jugendliche aus ganz Deutschland haben die Möglichkeit, den politischen Alltag und Medienbetrieb in Berlin hautnah zu erleben. Eine der Teilnehmerinnen ist Miriam Ortner aus Ammerbuch-Entringen, im Wahlkreis von Annette Widmann-Mauz MdB.

(Foto: Miriam Ortner, Annette Widmann-Mauz MdB und Praktikantin Séphora Povel)

Diesen Donnerstag traf Miriam Ortner die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB im Bundestag zu einem persönlichen Gespräch. Die Abiturientin berichtete voller Enthusiasmus über die Vorträge von Hauptstadt-Journalisten und Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen. Durch den Workshop erhielten die Teilnehmen einen ganz anderen Blickwinkel auf parlamentarische und mediale Vorgänge.

Einer der Höhepunkte war die gestrige Arbeit mit dem SWR und die Teilnahme bei der Erstellung des Fernsehberichts anlässlich der Eröffnung der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin. Die Zeit im Bundestag war eine wertvolle und zukunftsweisende Erfahrung: Ein Journalismus Studium ab Herbst steht fest im Blickwinkel von Miriam Ortner.

Herzliche Einladung zum Starkbierfest

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Memento Preis 2017 geht nach Tübingen

Tübinger Forschung ist Weltspitze! Die beiden Tropenmediziner der Universität Tübingen Herr Prof. Dr. Peter Kremsner und Herr Dr. Dr. Carsten Köhler wurden diesen Mittwoch in Berlin mit dem mit 5.000 € dotierten Memento Preis für ihre herausragende Forschung ausgezeichnet. Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB gratulierte den Preisträgern zu dieser besonderen Ehrung persönlich. Die Tübinger Forscher erhielten ihren Preis in der Kategorie „Forschung und Entwicklung“ nach jahrelanger Auseinandersetzung mit der Tropenkrankheit Malaria für eine 2016 veröffentlichte Studie.

(Foto: Stephanie Pilick/Ärzte ohne Grenzen
Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit den diesjährigen Preisträgern)

Prof. Dr. Kremsner und Dr. Dr. Köhler haben durch ihre Arbeit festgestellt, dass eine schwere Malariaerkrankung, entgegen der bis dahin allgemeinen Einschätzung, mit weit weniger schwerer Medikation gleich gut behandelt werden kann. Das Medikament Artesunat muss nur drei statt fünf Mal verabreicht werden und dies nicht intravenös, sondern muskulär. Für Behandlungssituationen unter Krisenbedingungen können solche vereinfachten Therapieformen lebensrettend sein.

Die Stifter des Preises Ärzte ohne Grenzen, Brot für die Welt, die Buko Pharma-Kampagne und die Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe möchten durch die Vergabe des Memento-Preises auf ein Defizit in der Wissenschaft aufmerksam machen. Die Erforschung von Krankheiten, die hauptsächlich in Entwicklungsländern auftreten, wird demnach in unzureichendem Maße bewerkstelligt. Malaria ist eine der gefährlichsten Infektionskrankheiten, an der jährlich hunderttausende Menschen sterben, etwa 90% davon in Afrika.

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Gespräch mit Vertretern der IHK Reutlingen

Am Donnerstag vor Beginn des Plenartages traf sich die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit dem Ausschuss für Einpersonen- und Kleinunternehmen der IHK Reutlingen. Dabei stand das Thema Krankenversicherungsschutz für Selbständige im Fokus. So u. a. das neue Beitragsverfahrenssystem für freiwillig gesetzlich Krankenversicherte, das der Deutsche Bundestag im Rahmen des Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) beschlossen hat. Durch das Gesetz wird eine deutliche Verringerung des Bürokratieaufwandes bei der Einkommensfeststellung hinsichtlich der Beitragsbemessung erreicht. Ein wichtiges Signal für Selbstständige und Kleinunternehmer, die den Wirtschaftsstandort in unserer Region maßgeblich prägen und bereichern.

(Foto: Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit Vertretern des Ausschusses für Einpersonen– und Kleinunternehmen der IHK Reutlingen)

Stärkung der Pflege im Krankenhaus

Eine gute medizinische Versorgung im Krankenhaus ist ohne das notwendige Personal insbesondere auch in der Pflege nicht zu haben. Das Bundesgesundheitsministerium, die Koalitionsfraktionen und Länder haben sich im Rahmen der Expertenkommission "Pflegepersonal im Krankenhaus" u. a. darauf geeinigt, dass zukünftig in pflegesensiblen Krankenhausbereichen, in denen dies aus Gründen der Patientensicherheit besonders notwendig ist, Pflegepersonaluntergrenzen festgelegt werden, die nicht unterschritten werden dürfen. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Pflege und zum Wohle des Patienten! Auch beim Empfang der Deutschen Krankenhausgesellschaft in dieser Woche mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe MdB, der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB und Thomas Reumann, Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der DKG war die Einigung Gesprächsstoff.

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Frauen leisten mehr: Steuerklasse IV mit Faktorverfahren endlich umsetzen

„In Deutschland tragen Frauen noch immer die Hauptlast der Familienarbeit. Unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen und lebensphasenorientierten Arbeitsteilung wollen junge Eltern selbst entscheiden, wer sich wann und in welchem Umfang um die Familie kümmert und das Geld verdient. Eltern brauchen kein Korsett, das ihnen gesetzlich vorschreibt, wie sie Familie und Beruf zu vereinbaren haben. Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit bieten Spielräume und unterstützen Eltern in ihrem Wunsch nach einer individuellen und gleichmäßigeren Aufteilung von Familienarbeit und Beruf“, erklärte Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2017.

Frauen kehren schneller in den Beruf zurück und Männer machen von dem Angebot zur Elternzeit zunehmend Gebrauch. Die Teilzeitarbeit von Eltern in den ersten Lebensjahren des Kindes wird so erleichtert. Für Frauen endet die Aufteilung familiärer und beruflicher Pflichten aber vielfach in der Teilzeitfalle. Bei ungleich hohen Einkommen wählen Ehepaare oft die Steuerklassen III und V, wobei der geringer verdienende Ehepartner, meist die Frauen, Lohnsteuerklasse V hat. Hier sind die monatlichen steuerlichen Abzüge besonders hoch. Eine Aufstockung der Stundenzahl erscheint dann unter finanziellen Aspekten oft wenig lohnenswert. Annette Widmann-Mauz: “Wir wollen den unterschiedlichen Anforderungen von Eltern im Lebenslauf gerecht werden. Eine faire Lastenteilung von Frauen und Männern gehört dazu. Fehlanreize müssen wir abbauen. Wir wollen, dass das Faktorverfahren beim Lohnsteuerabzug zur Regel wird. Damit wird deutlicher, was Frauen zum Familieneinkommen beitragen. Im Falle von Kindererziehung oder Arbeitslosigkeit erhöht sich dann auch die Lohnersatzleistung. Gesetzlich ist es schon geregelt. Die Umsetzung im elektronischen Lohnsteuerabzugsverfahren fehlt noch.“

Mit dem Faktorverfahren werden auch der Minijob und die Übergänge in Vollzeitjobs für Arbeitnehmerinnen attraktiver. Die ungünstige Steuerklasse V ist der Motivationskiller für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Mit der regelhaften Umsetzung der Steuerklasse IV mit Faktor im elektronischen Lohnsteuerabzugsverfahren wird die ungünstige Steuerklasse V obsolet.

Herzliche Einladung zum Frauenfrühstück

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 82/10.03.2017

Aktuelles

Arbeitsmarktforschung

Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Holger Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Schäfer zufolge laufe eine Rücknahme der Reformen Gefahr, die erzielten Erfolge zunichte zu machen, da eine verlängerte Bezugsdauer dazu führe, dass in Sachen Lohn die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitslosen immer weiter auseinander ginge. Großzügige soziale Leistungen gingen mit entsprechend höheren Lohnansprüche an eine neue Beschäftigung einher. Auch eine Verschärfung der Befristungsquoten hält der Arbeitsmarktforscher für unnötig.
(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Daten & Fakten

Faktencheck Agenda 2010

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017. Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderen auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung weiter unterstützt. Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2016, dies habe laut IAB -Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen.
(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz